

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 8 86 846 pbbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Wilhelm Schmidt MdB
zur Notwendigkeit ei-
nes sozialpolitischen
Konzepts: Kinder als
Verlierer der deutschen
Einheit?

Seite 1

Wolf-Michael Caten-
husen MdB zur Be-
stimmung der künftigen
Rolle Deutschlands in
der Welt: Nicht auf die
Blauhelm-Frage verkür-
zen.

Seite 2

Dr. Richard Schröder
MdV zur Regelung der
Eigentumsfrage im Ei-
nigungsvertrag: Bes-
sere Positionen für
DDR-Bürger erreicht.

Seite 4

Gert Weisskirchen MdB
zum internationalen
Tag der Alphabetisie-
rung: Drei Millionen
Bundesbürger können
nicht lesen.

Seite 5

Dokumentation

Die Arbeiterwohlfahrt
hat fünf Grundforde-
rungen zur Zukunft des
Zivildienstes erhoben.
Wortlaut

Seite 6

45. Jahrgang / 172

7. September 1990

Kinder als Verlierer der deutschen Einheit? Zur Notwendigkeit eines sozialpolitischen Konzepts

Von Wilhelm Schmidt MdB
Kinderbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion

Die einen setzen auf die positive Entwicklung der Marktwirtschaft, die anderen rücken die Interessen junger Frauen massiv in den Vordergrund, Dritte machen nachhaltig auf die entstehenden Kosten und die Probleme der Bezahlbarkeit aufmerksam. Die Diskussionsschwerpunkte im Rahmen des Einigungsprozesses lassen sich fortsetzen und sind außerordentlich differenziert (manchmal auch sehr interessenlastig). Wer hat sich aber bisher zur Situation der Kinder gemeldet? Vorsichtige Tastversuche ("Einig Kinderland...") waren bisher nur wenig zu verzeichnen. Die großen Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe wagen sich an Teilaspekte gerade jetzt erst heran, wie etwa die Arbeiterwohlfahrt mit Thesen zur Jugendhilfe im vereinigten Deutschland.

Nun könnten Beobachter behaupten, mit den Regelungen im 2. Staatsvertrag wäre die Basis für eine positive Entwicklung gelegt. Das wäre jedoch zu oberflächlich. Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz wird zwar für das Gebiet der bisherigen DDR schon am 3. Oktober in Kraft gesetzt (im übrigen Deutschland erst am 1. Januar 1991), der Aufbau der Jugendhilfestrukturen (Jugendämter, Jugendhilfeausschüsse usw.) wird jedoch Zeit in Anspruch nehmen und kaum schnell Wirksamkeit erlangen. Auch die Sorgerechts-Übergangsregelungen des Staatsvertrages schaffen neue Unsicherheiten, insbesondere mit Blick auf die seit langem ungeklärte Diskussion um eine Modernisierung des bisher geltenden bundesdeutschen Rechts in Richtung auf eine gemeinsame Erziehungsaufgabe der Kindeseltern. Auch die nach langem Zögern nun aufgenommene Übergangstfinanzierung des Bundes für Kindertageseinrichtungen (bis 30.6.1991) rettet nur über den Wahltermin hinweg und ist keine strukturelle Entscheidung.

Ansonsten sind Kinder (wie so oft in politischen Entscheidungen) nachrangig und indirekt beteiligt. Im Jahr des Inkrafttretens der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes wäre aus den Fachministerien West und Ost mehr zu erwarten gewesen. Wenn diejenigen, die sich in den letzten Wochen häufig mit großem Getöse für das ungeborene Leben eingesetzt haben, nur einen Teil ihrer Kraft für die lebenden Kinder mitverwandt hätten, wäre das sicher sehr hilfreich für die ganze Gesellschaft gewesen. Wo wird Gewalt gegen Kinder eingedämmt, wie können Kinder-, Jugend- und Familienberatung aufgebaut werden?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Ständige Drucker
mit wertvollen Redaktionen
Königsberg-Post



Was ist mit den Ansprüchen der Kinder und Jugendlichen auf Erziehung, wenn man das zusammenbrechende System der Schulen und Tageseinrichtungen betrachtet? Wo ist die Fortbildung von Erzieherinnen und Lehrerinnen in Richtung auf eine moderne pädagogische Aufgabenerfüllung? 1,8 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiterinnen mit zunehmender Tendenz werden zusätzlich sozialen Spannungen ausgesetzt - wie immer haben vor allem Kinder dadurch besondere Befestungen auszuhalten.

Wer stützt die Städte und Gemeinden im östlichen Teil Deutschlands so aus, daß sie den Kindern und Jugendlichen neue und ansprechende Freizeit-, Erholungs- und Bildungseinrichtungen schaffen und unterhalten können? Wo bleibt die Kinder- und Jugendkultur der bisherigen DDR, wird auch sie ein Opfer finanzieller Zwänge und/oder neuer marktwirtschaftlicher Intensivakte? Wer bereitet Kinder und Eltern auf die neuen Gefahren vor, die mit der Konsumgesellschaft vor allem dann verbunden sind, wenn man nicht kritisch und selbstbewußt mit ihr umzugehen versteht (Verschuldung und ihre Folgen, Verkehrssicherheit, Alkohol- und Drogenbelastungen, Wohnungsnot, Medienvielfalt auch im jugendgefährdenden Rahmen usw.)? Wer ist bereit und in der Lage, angesichts dieser vielen neuen Belastungen und Gefährdungen für Kinder und Eltern wirksame Förderungsstrukturen aufzubauen? Die Kommunal-Gebietskörperschaften und die freien Träger der Jugendhilfe und der Jugendarbeit müssen hierfür den notwendigen Unterbau erhalten; auch dies kostet in der Anfangsphase Geld - aber es ist eine Zukunfts-Investition! Die Orientierung auf einen Staat, der sich für Kinder einsetzt, wird lange nachwirken. Dieser Aufgabe muß sich auch das vereinte Deutschland stellen und sie zu lösen bereit sein.

Natürlich - um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen - ist eine florierende Wirtschaft eine wichtige Basis für einen Staat, der sich für das Wohl seiner Bewohner einsetzen will. Aber dies kann nicht das alleinige Maß politischer Bemühungen und Aktivitäten sein. Gerade Sozialdemokraten haben immer wieder bewiesen, daß sie nicht auch ohne den Umgang über die Wirtschaft für die Menschen einzusetzen direkt in der Lage sind. Dies muß in der bevorstehenden unsicheren Phase noch viel mehr gelten als in der alten Bundesrepublik - und vor allem für Kinder, die schließlich immer noch ohne ausreichende Lobby sind.

(/7. September 1990/rs/r)

Nicht auf die Blauhelm-Frage verkürzen **Zur Bestimmung der künftigen Rolle Deutschlands in der Welt**

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Nach der Vereinigung wird das größere Deutschland seine internationale Rolle bestimmen müssen. Deutschland wird vorerst Mitglied des westlichen Bündnisses bleiben. Es ist aber vor allem im deutschen Interesse, daß die historisch überlebte Dualität von NATO und Warschauer Pakt durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem ersetzt wird, das auf einem System der politischen Zusammenarbeit aufbaut.

Damit einhergehend muß schon jetzt die NATO ihre Sicherheitsdoktrin so ändern, daß die Entwicklung und Produktion neuer atomarer Waffen und Trägersysteme, die der Doktrin der flexiblen Abschreckung dienen, unterbleibt. Deutschland sollte in seiner neuen Verfassung auf die Entwicklung, Produktion und die Verfügung über ABC-Waffen, aber auch auf die Stationierung solcher Waffen auf deutschem Boden, verzichten.

Gerade das größere Deutschland muß eine aktive Rolle bei der weiteren Übertragung nationaler Rechte an die zusammenwachsende Europäische Gemeinschaft spielen und gleichzeitig dabei helfen, die EG für die neuen Demokraten Osteuropas zu öffnen.

Das größere Deutschland muß aber auch seine Rolle in einer Welt bestimmen, bei der der Abbau des Ost-West-Konflikts immer wichtiger für viele Regionen der Welt wird. Die internationale Entwicklung gibt mehr

Platz für manche Völker, einen eigenen Weg der Entwicklung zu suchen. Ergebnis kann aber auch die Verschärfung regionaler Konflikte sein, wo bislang der Ost-West-Konflikt für ein Gleichgewicht der Kräfte sorgte.

Die Diskussion um Deutschlands Rolle darf nicht auf die Frage der möglichen Entsendung deutscher Truppen außerhalb des NATO-Gebietes und die dafür nötige Änderung des Grundgesetzes verkürzt werden:

- Es könnte gerade Aufgabe eines größeren Deutschlands sein, Modelle regionaler Sicherheits- und Entwicklungskooperationen auch in anderen Teilen der Welt, zu unterstützen, um den Trend zur Globalisierung von Konflikten abzubauen.
- Es könnte gerade Aufgabe eines größeren Deutschlands sein, neue Wege zum Abbau des Nord-Süd-Gefälles zu gehen. Wir könnten etwa wirksam technologische Kooperation mit Entwicklungsländern und Schwellenländern auf den Gebieten der Umweltechnologie, der Energieeinsparung und anderer angepaßter Technologien gehen, anstatt den Weg der Rüstungsexporte weiterzugehen. Die Verwirklichung der Forderungen der SPD nach Beschränkung des Rüstungsexportes wird nach dem 3. Oktober noch drängender.

Basis unserer Politik in der Welt bleibt dabei die Europäische Politische Zusammenarbeit im Rahmen der EG. Deutschland sollte nicht Mitglied irgendeines neuen, schon gar nicht eines über Europa hinausreichenden Militärbündnisses werden. Deutschland sollte es dagegen um eine Stärkung internationaler Einrichtungen, vor allem der UNO und ihrer Unterorganisationen WHO, UNIDO, UNICEF, UNESCO gehen, auch wenn dies nicht immer dem Interesse mancher Bündnispartner entspricht. Hier kann Deutschland wirksam helfen und auch dem Desinteresse anderer großer Länder entgegenwirken. Dies ist wichtiger und hilfreicher als die Frage der Entsendung einiger tausend deutscher Soldaten unter ein UN-Kommando.

Die Bundesrepublik ist gut mit dem jetzigen Zustand gefahren, daß der Einsatz deutscher Soldaten außerhalb des Einsatzgebietes der NATO durch das Grundgesetz ausgeschlossen ist. Die Regelung im Grundgesetz knüpft für viele auch an eine historische Erfahrung an, daß aufgrund der deutschen Geschichte Weltpolitik mit militärischen Mitteln nicht wieder angestrebt werden sollte. Die Beschränkung des Grundgesetzes war und ist deshalb auch für viele keine von außen erzwungene, mittlerweile lästig gewordene Einschränkung. Von daher besteht kein Grund, kurzfristig an einer Änderung des Grundgesetzes mitzuwirken.

Hinzu kommt, daß vor einer Entscheidung über die Änderung des Grundgesetzes eine nüchterne Prüfung der Begrenztheit der Rolle der UNO-Friedenstruppen als "Weltpolizist" notwendig ist. Zweifellos hat der Einsatz der UNO in Zypern, im Libanon-Konflikt oder in Namibia wertvolle Hilfe geleistet. Auf der anderen Seite besaß die UNO bisher keinen Spielraum dafür, bei Konflikten einzelner Länder mit wichtigen ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates schlichtend einzugreifen, schon gar nicht mit Blauhelmen. Die UNO fiel deshalb bislang in wichtigen Konflikten wie um Nicaragua, Panama oder Afghanistan als "Weltpolizist" aus. Auch deshalb sollte die politische und finanzielle Stärkung der Arbeit der Vereinten Nationen zunächst Vorrang haben. Es gibt keinen ad-hoc-Entscheidungsbedarf für deutsche Blauhelme, die aufgrund unserer Geschichte auch nicht in jedem Land der Welt erwünscht sein dürften.

(-/7. September 1990/rs/fr)

Bessere Positionen für DDR-Bürger erreicht
Zur Regelung der Eigentumsfrage im Einigungsvertrag

Von Dr. Richard Schröder MdV
Mitglied des Verfassungsausschusses der Volkammer

Die SPD hatte bei der Wahl versprochen, sich für die Belange der DDR-Bürger in der Frage des Eigentums an Grund und Boden einzusetzen. Nach schwierigen Verhandlungen über den Einigungsvertrag ist jetzt ein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht worden.

Grundsätzlich soll Bundesbürgern ihr Eigentum zurückgegeben werden. Es kann jedoch Recht nicht durch neues Unrecht geschaffen werden. Deshalb ist in einigen Fällen Entschädigung statt Rückübertragung an die ursprünglichen Eigentümer vorgesehen.

Folgende Regelungen betreffen die DDR-Bürger unmittelbar:

1. **Bodenreform**
Die Bodenreform und andere Enteignungen unter der Hoheit der sowjetischen Militäradministration zwischen 1945 und 1949 sind nicht mehr rückgängig zu machen.
2. **Redlich erworbenes Eigentum**
Bürger, die Eigentum oder Nutzungsrechte an Westgrundstücken unter staatlicher Verwaltung in redlicher Weise erworben haben, bleiben Eigentümer. Der Voreigentümer wird entschädigt. Wenn die Möglichkeit besteht, kann ihm ein Ersatzgrundstück angeboten werden.
3. **Unredlich erworbenes Eigentum**
Als unredlich ist Eigentumserwerb im besonderen dann anzusehen, wenn er durch Korruption oder Ausnutzung einer persönlichen Machtstellung oder Ausnutzung einer Zwangslage oder Täuschung des ehemaligen Eigentümers zustande gekommen ist. In diesen Fällen wird das Eigentum auf Antrag an den ursprünglichen Eigentümer rückübertragen.
4. **Nutzungsverträge nach den §§ 312 bis 315 ZGB (Datschen auf Westgrundstücken)**
Nutzungsverträge nach dem Zivilgesetzbuch, die vor dem Beitritt der DDR zur BRD abgeschlossen worden sind, richten sich weiter nach den obengenannten Vorschriften. Es ist eine Rechtsverordnung über eine angemessene Gestaltung der Nutzungsentgelte vorgesehen, die nicht über den ortsüblichen Zinssätzen für vergleichbare Pachtgrundstücke liegen dürfen.
5. **Ersatzgrundstücke**
Mieter oder Nutzer von Einfamilienhäusern und Grundstücken für Erholungszwecke, die staatlich verwaltet sind oder auf die ein rechtlich begründeter Anspruch auf Rückübertragung geltend gemacht wurde, können beantragen, daß dem Berechtigten ein Ersatzgrundstück zur Verfügung gestellt wird, wenn sie bereit sind, das Grundstück zu kaufen. Der Berechtigte ist nicht verpflichtet, ein Ersatzgrundstück in Anspruch zu nehmen.
6. **Grundstücke für dringende Investitionen**
Nach besonderen gesetzlichen Regelungen darf für dringende, näher festzulegende Investitionszwecke die Rückübertragung von Eigentumsrechten an Grundstücken oder Gebäuden unterbleiben. Der frühere Eigentümer ist zu entschädigen.
7. **Kauf bricht nicht Miete**
Auf Eigenbedarf dürfen sich Vermieter erst nach dem 31. Dezember 1992 berufen. Ausgenommen sind Härtefälle. Mieterhöhungen müssen sich an der ortsüblichen Miete orientieren.
8. **Grundgesetzliche Absicherung**
Die eigentumsrechtlichen Regelungen des Einigungsvertrages werden durch einen neuen Artikel 143 im Grundgesetz verankert.

Mit diesen Regelungen ist das Ergebnis für DDR-Bürger gegenüber dem ursprünglichen Vertragsentwurf erheblich verbessert worden.

(-/7. September 1990/rs/fr)

Drei Millionen Bundesbürger können nicht lesen
Zum Internationalen Tag der Alphabetisierung (8. September)

Von Gert Weisskirchen MdB

Die UNESCO gab es vor kurzem bekannt: Rund eine Milliarde Menschen kann nicht lesen und schreiben. Dieses Riesenproblem betrifft nicht nur die Entwicklungsländer, sondern auch die reichen Staaten: 42 Millionen Menschen können keine Zeitung lesen, keinen Einkaufszettel schreiben und keine Nummer aus dem Telefonbuch heraussuchen. Rund drei Millionen von ihnen leben in der Bundesrepublik - mitten unter uns.

Diese nüchternen Zahlen sagen wenig aus über die seelische Not, die hinter ihnen steht. Alle diese Menschen leben mit der Scham und der Angst, persönlich versagt zu haben. Alle haben sie Furcht vor dem Augenblick, wo ihr Unvermögen offenbar wird und sie sich bloßgestellt fühlen. Viele von ihnen sind arbeitslos.

In einer Anhörung des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages wurde jedoch betont, daß Analphabetismus nicht persönlich verschuldet ist. Die Ursachen sind vielmehr in der Familie, der Schule und der Gesellschaft zu suchen. So kommen Analphabeten oft aus Familien, die in extrem schlechten finanziellen und sozialen Verhältnissen leben. In diesen Familien spielt Lesen und Schreiben keine besondere Rolle. Die Schulen aber setzen voraus, daß jedem der Sinn von Lesen und Schreiben bekannt ist. Lernstörungen von Kindern, die sich aus dem Konflikt zwischen familiären und schulischen Situationen ergeben, werden oft nicht als "Hilferufe" verstanden.

Eine demokratische Gesellschaft wie die der Bundesrepublik kann sich jedoch mit dem Analphabetismus nicht abfinden. Denn die Gefahren, die sich mit diesem Problem verbinden, sind unübersehbar: Sprachfähigkeit, Lesefähigkeit und Schreibfähigkeit produzieren Kultur. Wo sie geschwächt sind, wird ungenauer über sich und andere nachgedacht, wächst die Anfälligkeit für die einfachen Lösungen extremer Gruppierungen. Politisches Handeln ist also dringend notwendig. Der Staat muß seine bildungspolitische Verantwortung wahrnehmen.

Die SPD hatte bereits 1988 die Bundesregierung aufgefordert, qualitative Maßnahmen zur Förderung von Leseverhalten und Lesekultur einzuleiten, etwa durch geeignete Überlegungen zur Prävention, durch verbesserte Entwicklung des Bibliothekenwesens, durch zusätzliche außerschulische Bildungsangebote und durch erweiterte Begegnungen zwischen Autoren und Lesepublikum. In der Zwischenzeit begrüßte sie es ausdrücklich, daß die Bundesrepublik sich am 9. März 1990 der Erklärung und dem Aktionsplan der World Conference On Education For All angeschlossen hat. Damit hat die Bundesrepublik die Möglichkeit, einen aktiven Beitrag im Kampf gegen den Analphabetismus zu leisten und damit die UNESCO zu unterstützen. Diese Chance muß allerdings auch genutzt werden:

Bislang hat sich die Bundesregierung eher abwartend verhalten. Eigene Vorstellungen hat sie noch nicht entwickelt, ein Konzept, wie der von der Weltkonferenz beschlossene Aktionsplan umgesetzt werden soll, ist noch nicht in Sicht.

Die SPD fordert daher die Bundesregierung auf, endlich ihre bildungspolitische Verantwortung wahrzunehmen und Vorschläge vorzulegen, wie sie in Absprache mit den Ländern dem Analphabetismus begegnen will. Die Ergebnisse des Internationalen Alphabetisierungstages müssen dabei einbezogen werden.

(-/7. September 1990/rs/fr)

DOKUMENTATION

AWO: Zivil's gehen - der Pflegenotstand kommt

Vor dem Bundesausschuß der Arbeiterwohlfahrt, dem Vertreter aller 33 Bezirke aus ganz Deutschland angehören, hat der Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Otto Fichtner, fünf Grundforderungen zur Zukunft des Zivildienstes und zur Sicherstellung sozialer Grundversorgung im Bereich der Pflegedienste genannt:

1. Die Arbeiterwohlfahrt hält an der freien Wahl zwischen Wehr- und Zivilem Ersatzdienst fest. Sie fordert für beide Dienste die völlige Gleichstellung hinsichtlich der Dienstdauer und anderer dienstrechtlicher Bestimmungen.
2. Für die Arbeiterwohlfahrt ist eine allgemeine Dienstpflicht weder Ausweg noch Alternative.
3. Auch angesichts des bundesweiten Ausfalls von 28.000 Zivildienstleistenden Ende September kommt für die Arbeiterwohlfahrt eine Anwerbepolitik in außereuropäischen Ländern nicht in Betracht.
4. Der Ausfall von Zivildienstleistenden im Bereich der ergänzenden Hilfen muß durch tariflich bezahlte Arbeitskräfte ersetzt werden. Die entstehenden Kosten müssen von Nutzern und/oder den überörtlichen Trägern der Sozialhilfe getragen werden. Das bedeutet höhere Belastungen für Gemeinden und Landschafts- beziehungsweise Landeswohlfahrtsverbände.
5. Der Bund darf sich nicht auf Kosten der Kommunen entlasten und aus der Verantwortung stehen. Daher ist das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) auszubauen und attraktiver zu gestalten. Die Arbeiterwohlfahrt schlägt als einen ersten Schritt ein Berufsfindungsjahr für junge Frauen und Männer vor.

(-/7. September 1990/rs/tr)
